

Aufbau eines bürokratischen Bewirtschaftungsapparates. »Staatliche Eingriffe gingen über Einzelmaßnahmen hinaus und entwickelten sich zur umfassenden Steuerung der gesamten Textilbranche.« Dabei handelte der Staat keineswegs autonom; unter Einbeziehung der Unternehmer gelang der erfolgreiche Aufbau der Kriegsproduktion. »Auch sozialpolitisch wurden wichtige Impulse gegeben, besonders in der Zusammenarbeit von Unternehmern, Gewerkschaften und Behörden im Vaterländischen Hilfsdienstgesetz und in Form der Erwerbslosenunterstützung für Textilarbeiter.« (S. 255) Auch wenn das Hilfsdienstgesetz von 1916 für die Textilbranche relativ bedeutungslos blieb und die behördlichen Eingriffe das wirtschaftsliberale Dogma der Vorkriegszeit nicht grundsätzlich in Frage stellten, so gewann das Verhältnis von Unternehmern und Behörden unter den Zwängen des Krieges doch völlig neue Qualitäten.

Mit Kriegsende fiel die staatliche Kontrolle der Wirtschaft verhältnismäßig rasch weg. Möglichkeiten der Neugestaltung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft eröffneten sich, wurden aber nicht genutzt. Die »enge und institutionalisierte Kooperation von Staat und Industrie«, die Wiegmann als »die entscheidende Neuerung der Kriegszeit« bezeichnet, überlebte die Demobilisierung nicht. Diese Kooperation blieb »ein kurzzeitiges Zwischenspiel und stellte kein Modell für die Weimarer Republik dar« (S. 255 f.). Sehr ausführlich arbeitet der Autor heraus, daß es während der 1920er Jahre zu keinem »politischen Konsens von Unternehmern, Arbeiterschaft und Staat« kam (S. 259). Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, von Politik und Industrie litt vor allem darunter, daß einerseits die Unternehmer keine »zufriedenstellende und widerspruchsfreie Einstellung zur Rolle des Staates im Wirtschaftsleben« entwickelten, daß andererseits die Politik kein klares Konzept erarbeitete und vertrat, das »die Textilindustrie nach einem Jahrzehnt der Bewirtschaftung und Inflation wieder an die Marktbedingungen herangeführt hätte« (S. 257). Darüber hinaus »blieb das Verhältnis von Industrie und Staat in der Schlichtung von Tarifangelegenheiten letztlich ungeklärt« (S. 258).

Wiegmann argumentiert sorgfältig-abgewogen und nimmt keine pauschalen Schuldzuweisungen vor. Allgemeine und spezielle Versäumnisse gab es seinem Urteil zufolge sowohl bei den politischen Akteuren als auch bei allen beteiligten gesellschaftlichen Gruppierungen, speziell den westfälischen Textilindustriellen. Insofern wird auch in Wiegmanns Studie deutlich, daß die Weimarer Republik nicht zwangsläufig scheitern mußte. Die Untersuchung beruht auf einer breiten Basis ausgewählter Quellen und stellt einen aufschlußreichen Beitrag zur Geschichte Westfalens dar.

*Thomas A. Bartolosch, Siegen*

Harald Wixforth, *Banken und Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, Böhlau Verlag, Köln etc. 1995, 549 S., geb., 98 DM.

Thema dieses Buches ist die Macht und Ohnmacht deutscher Banken gegenüber der Schwerindustrie in den Jahren der Weimarer Republik. Der Verfasser, der 1990 bei Sidney Pollard in Bielefeld promovierte, stellt in seiner empirisch gesättigten Studie Hilferdings These von der wachsenden Macht der Banken gegenüber der Industrie auf den Prüfstand der Kritik. Nachdem bereits die 1988 publizierte Dissertation von Volker Wellhöner zum Bankenwesen im Kaiserreich Hilferdings Theorie empirisch fundiert und schlüssig widerlegte, ist dieser Klassiker der theoretischen Revision von Marx nun auch für die Weimarer Republik obsolet. Verantwortlich für die Unabhängigkeit der Schwerindustrie gegenüber Kapitalbeteiligungen und Fremdmitteln der Banken (in Form von kurz- und langfristigen Krediten und Anleihen) war, so Wixforth, keineswegs allein die

Hyperinflation von 1923. Trotz des hohen Kapitalbedarfs für Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen und eines nicht immer ausreichenden Eigenkapitalanteils gerieten die Betriebe der Schwerindustrie nicht in eine ausgeprägte finanzielle oder unternehmenspolitische Abhängigkeit von einem einzelnen Bankhaus. Die empirische Untersuchung über die Entwicklung der Kapitalabhängigkeit beruht auf einer sorgfältigen Analyse der Bilanzen und weiterer verfügbarer Dokumente aus den Archiven der Industrieunternehmen, die mit der gebotenen betriebswirtschaftlichen Quellenkritik ausgewertet wurden. Der oligopolistischen Struktur des Großbankenwesens zum Trotz war die Konkurrenz zwischen den Banken so ausgeprägt, daß in der Regel kein materielles Abhängigkeitsverhältnis zwischen schwerindustriellen Unternehmen und einem einzelnen Bankhaus entstand.

Über den engeren Untersuchungsgegenstand hinaus liefert Wixforths Arbeit neue, durch zehn Fallstudien abgesicherte Erkenntnisse über die Bedeutung des industriellen Aktienbesitzes der (Groß-)Banken. Abgesehen von dem Sonderfall Mannesmann konstituierte der Besitz eines größeren Aktienpaketes durch eine Großbank keinen entscheidenden Einfluß auf die Geschäftspolitik des betreffenden Unternehmens. Auch die Aufsichtsratsmandate von Bankenvorständen in Industrieunternehmen dienten nicht als Mittel der Machtausübung, sondern als ein Instrument der Kundenbindung. Wixforth weist auf einen unternehmenssoziologisch und kulturell interessanten Unterschied hin: Während Konzerne mit starken Eigentümerpersönlichkeiten jegliche Beeinflussung durch Großbankenvertreter meist erfolgreich zu vermeiden suchten, pflegten die Vorstände von Großunternehmen des »managerial capitalism« ein kooperativeres Verhältnis zu den Vorständen der Banken.

Das Buch von Wixforth ist über den branchengeschichtlichen Erkenntnisgewinn hinaus ein wichtiger Beitrag zur Geschichte wirtschaftlicher Macht und Machtbeziehungen in der Weimarer Republik. Leider kam die Öffnung der Aktenbestände des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsbank und der Deutschen Bank im Zentralen Staatsarchiv Potsdam für diese Arbeit ebenso zu spät wie die Öffnung des Archivs der Deutschen Bank. Obgleich erst der Zugang zum Archiv der Deutschen Bank Einblicke in die Entscheidungsprozesse des größten deutschen Bankhauses gebracht hätte, werden die gründlich abgesicherten Thesen zur Autonomie der Schwerindustrie gegenüber dem Kreditwesen auch durch zukünftige Forschungen nicht revidiert werden.

*Christopher Kopper, Göttingen*

Theo Balderston, *The Origins and Course of the German Economic Crisis, 1923-1932*, Haude & Spener Verlag, Berlin 1993, XXI + 505 S., 158 Tab., 2 Schaubilder, Ln., 168 DM.

Der Titel von Balderstons wichtiger Studie führt in die Irre; er müßte um den Zusatz »... im Spiegel der Statistik« ergänzt werden. Dem Verfasser geht es nicht um eine breite Analyse von wirtschaftlichen Prozessen, politischen Entwicklungen und ihren wechselseitigen Beziehungen, sondern darum, die besondere, am Umfang der Arbeitslosigkeit gemessene Schwere der Weltwirtschaftskrise in Deutschland anhand statistischer Befunde zur Beschäftigung, Güterproduktion und zum Handel sowie zum Kapitalmarkt, zur Investitionstätigkeit und zur Fiskalpolitik zu erklären. Die Arbeit greift somit die beiden, nicht selten getrennt diskutierten Fragen der »Borchardt-Kontroverse« wieder auf, die Frage nach der angemessenen Höhe der Tariflöhne in den mittleren Jahren der Weimarer Republik und die Frage nach den Alternativen zu Brünings Wirtschaftspoli-